Jörg Bode (FDP): Landesregierung muss Tempo-30-Modellprojekt stoppen

Geschrieben von: Lorenz

Donnerstag, den 15. Juni 2017 um 10:09 Uhr

FDP-Verkehrsexperte spricht Klartext

Jörg Bode: Landesregierung muss Tempo-30-Modellprojekt stoppen – Verkehr verstetigen statt behindern

Donnerstag 15. Juni 2017 - **Hannover (wbn)**. **Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP im Niedersächsischen Landtag, Jörg Bode, fordert die Landesregierung auf, das geplante Tempo-30-Modellprojekt auf Hauptverkehrsstraßen zu stoppen.**

Bode wörtlich: „Es stellt sich die Frage, was für Erkenntnisse dieses Modellprojekt eigentlich bringen soll. Soll es die Sicherheit erhöhen oder Lärm und Abgase reduzieren?“

Fortsetzung von Seite 1

Was die Sicherheit angehe, könne bereits jetzt vor Schulen und Kindergärten problemlos eine Tempo-30-Zone eingerichtet werden, so Bode. Andere Städte hätten bereits umfassende Erkenntnisse was Lärm und Abgase angeht.

„Diese Erkenntnisse passen aber offenbar nicht in das Weltbild von Rot-Grün, denn sie zeigen eindeutig, dass Tempo 30 nicht zu weniger sondern zu mehr Abgasen führt. Und deshalb soll der Steuerzahler jetzt 700.000 Euro ausgeben, ohne dass neue Erkenntnisse zu erwarten sind.“

Bode fordert Tempo 50 und „Grüne Welle“

Der effektivste Weg, Umwelt und Anwohner zu entlasten sei eine Verstetigung des Verkehrs. „Tempo 50 und die grüne Welle sind das beste Mittel gegen hohe Abgas- und

Jörg Bode (FDP): Landesregierung muss Tempo-30-Modellprojekt stoppen

Geschrieben von: Lorenz

Donnerstag, den 15. Juni 2017 um 10:09 Uhr

Lärmbelastungen. Fließender Verkehr statt Stop-and-Go muss die Devise lauten. Alles andere ist rein ideologische Politik. Wir hätten heute die Möglichkeit gehabt, den Modellprojekt-Unsinn zu stoppen, allerdings hat der grüne Koalitionspartner Minister Lies mal wieder davon abgehalten, vernünftige Entscheidungen zu treffen.“, so Bode.

Hintergrund: Der Niedersächsische Landtag hatte jüngst mit den Stimmen von Rot-Grün den Antrag der FDP-Fraktion „Ende des Tempo-30-Irrsinns auf Hauptverkehrsstraßen! Keine pauschale, ideologische, sachfremde oder willkürliche Einschränkung der Leistungsfähigkeit von innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen“ abgelehnt.